



Vereinbarung

zur Erreichung der Ziele der

Grundsicherung für Arbeitsuchende

im Jahr 2024

Zur Erreichung der Ziele der Grundsicherung für Arbeitsuchende
schließt das
Niedersächsische Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung (MS)
mit dem
Landkreis Leer
hinsichtlich der Leistungserbringung durch die zugelassenen kommunalen Träger
gemäß § 48b Abs. 1 S. 1 Nr. 4 des Sozialgesetzbuchs Zweites Buch (SGB II)
für das Jahr 2024 folgende

Vereinbarung

I. Grundsätze

Die Grundsicherung für Arbeitsuchende zielt darauf ab, Leistungsberechtigten ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen und dazu beizutragen, dass Bedarfsgemeinschaften ihren Lebensunterhalt aus eigenen Mitteln bestreiten können. Zu den Zielen, die daraus abgeleitet werden, zählen die Verringerung der Hilfebedürftigkeit, die Verbesserung der Integration in Erwerbstätigkeit, die Vermeidung von langfristigem Leistungsbezug sowie die Verbesserung der sozialen Teilhabe. Die Gleichstellung von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt ist als Querschnittsaufgabe gemäß § 1 Abs. 2 Satz 3 SGB II durchgängig zu berücksichtigen.

Die Erreichung der Ziele hat über die kurzfristigen, positiven Auswirkungen hinaus langfristige Bedeutung für Individuen, Staat und Gesellschaft. Sie setzt voraus, dass die Problemlagen der Mitglieder der Bedarfsgemeinschaften individuell und ganzheitlich betrachtet und gelöst werden.

Hier setzt auch das Bürgergeld an. Die Eingliederung in Arbeit bleibt das prioritäre Ziel des Bürgergeldes. Mit der Abschaffung des Vermittlungsvorrangs sowie der Verbesserung der Anreize und Möglichkeiten für Weiterbildung wird die Bedeutung der Dauerhaftigkeit der Eingliederung in Arbeit gestärkt.

Ein besonderes Augenmerk soll weiterhin daraufgelegt werden, dass Nachteile, die der Gleichstellung von Frauen am Arbeitsmarkt entgegenstehen, überwunden werden. Hierzu werden Frauen gezielt mit passenden Angeboten unterstützt und dabei wird insbesondere darauf geachtet, dass auch Mütter von kleinen Kindern kontinuierlich betreut werden.

Schließlich müssen die Geflüchteten u.a. aus der Ukraine eng im Hinblick auf Spracherwerb und eine schnelle qualifikationsadäquate Einmündung in den Arbeitsmarkt unterstützt werden.

II. Rahmenbedingungen

Für Niedersachsen geht das IAB von unterschiedlichen Trends auf dem Arbeitsmarkt aus. Dabei erwartet das IAB ein leichtes Wachstum der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten von 0,2 %, während für die Arbeitslosigkeit insgesamt ein Anstieg um 3,1 % errechnet wurde. Der Anstieg wird jedoch mit einem Plus von 4,7 % deutlich stärker das SGB II als das SGB III betreffen.

Insgesamt hängen die Dynamik und Entwicklung des Arbeitsmarktes im Jahr 2024 entscheidend von der weiteren geopolitischen Entwicklung ab. Die gesamtwirtschaftliche Lage hemmt vor allem die Binnennachfrage, schürt Unsicherheiten und erschwert dringend erforderliche strategische Investitionen zur Bewältigung bzw. Umsetzung des strukturellen Wandels und zur Erhöhung der Resilienz der Wirtschaft.

Aus der aktuellen Konjunkturumfrage der Industrie- und Handelskammer für Ostfriesland und Papenburg mit mehr als 200 Unternehmen zur gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation geht hervor, dass die Unternehmen in der Region wieder mit mehr Sorge in die Zukunft blicken. Der Personalmangel (qualifiziertes Personal), die hohen Energie- und Rohstoffpreise und die sinkende Inlandsnachfrage hemmen die hiesige Wirtschaft. Vom Personalmangel besonders betroffen sind Branchen wie Lager-Logistik, Berufskraftfahrer, Facharbeiter Handwerk, Facharbeiter Tiefbau, Pflege und Gastronomie. Für den Landkreis Leer haben insbesondere die Baubranche, die Automobilindustrie und die damit einhergehende Zuliefererindustrie einen hohen Stellenwert. Eine belastbare Einschätzung der weiteren Entwicklung der regionalen Wirtschaft ist aktuell aufgrund der genannten Problematiken kaum möglich.

Im weiteren Verlauf des Jahres sind in den Gesprächen zur Zielerreichung zwischen dem Land Niedersachsen und dem Landkreis Leer die für den Arbeitsmarkt bestehenden konjunkturellen und strukturellen Besonderheiten bei der Bewertung der Zielerreichung zu berücksichtigen.

Als finanzielle Rahmenbedingungen stehen dem Landkreis Leer für die Eingliederung und Betreuung der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten laut Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2024 (Kabinettsbeschluss vom 05.07.2023 – einschließlich der Mittel aus Ausgaberesten in Höhe von 600 Mio. Euro) sowie der Eingliederungsmittel-Verordnung voraussichtlich ein Gesamtbudget rd. 16,5 Mio. Euro für das Jahr 2024 zur Verfügung:

- Verwaltungskosten 9.682.748 Euro
- Leistungen zur Eingliederung in Arbeit 6.777.973 Euro.

Aufgrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum Klima- und Transformationsfonds und der Notwendigkeit, den gestellten Anforderungen nachzukommen, dauern die parlamentarischen Beratungen zum Haushalt 2024 an. Sobald das Verfahren zum Bundeshaushalt 2024 abgeschlossen ist, wird das BMAS bzw. das Land Niedersachsen die Träger der Grundsicherung umgehend über die endgültige finanzielle Ausstattung der Jobcenter informieren.

III. Vereinbarungen

§ 1 Verpflichtung der Vereinbarungspartner

Der Landkreis Leer und das Land Niedersachsen setzen sich dafür ein, dass die in § 2 vereinbarten Ziele erreicht werden. Die Maßnahmen des Landkreises zur Zielerreichung erfolgen wirkungsorientiert und wirtschaftlich. Das Land Niedersachsen unterstützt die Zielerreichung des Landkreises durch fachliche Beratung.

§ 2 Ziele, Zielindikatoren und Ergänzungsgrößen

(1) Der Landkreis Leer und das Land Niedersachsen vereinbaren sich zu folgenden Zielen:

1. Verringerung der Hilfebedürftigkeit

Ziel ist es, dass erwerbsfähige Leistungsberechtigte ihren Lebensunterhalt unabhängig von der Grundsicherung nach dem SGB II aus eigenen Mitteln und Kräften bestreiten, damit die Hilfebedürftigkeit insgesamt verringert wird. Für die Nachhaltigkeit dieses Ziels wird im Vergleich zum Vorjahr die Entwicklung der Summe der Leistungen zum Lebensunterhalt im Rahmen eines Monitorings beobachtet.

Weiterhin soll im Monitoring die Qualität der Integrationen betrachtet werden. Hierzu wird der Anteil an bedarfsdeckenden Integrationen und die Zahl der Langzeitleistungsbeziehenden, die seit vier Jahren oder länger als erwerbsfähige Leistungsberechtigte im Hilfebezug sind, beobachtet.

2. Verbesserung der Integration in Erwerbstätigkeit

Ziel ist es, die Hilfebedürftigkeit zu vermeiden oder zu überwinden. Dies soll vor allem durch Integrationen in Erwerbstätigkeit erfolgen. Zielindikator für dieses Ziel ist die Integrationsquote.

Das Ziel ist im Jahr 2024 erreicht, wenn die Integrationsquote des Landkreises Leer um 0,3 % im Vergleich zum Jahr 2023 steigt.

Zur Unterstützung der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt hat der Landkreis Leer den o.g. Zielwert geschlechterspezifisch geplant. Das geschlechterspezifische Ziel ist erreicht, wenn die Integrationsquote der Frauen um 4,2 % steigt und die Quote der Männer um höchstens 2,9 % sinkt.

3. Vermeidung von langfristigem Leistungsbezug

Ziel ist die Vermeidung und Verringerung von Langzeitleistungsbezug. Der Prävention und der Beendigung des Langzeitleistungsbezugs sollen deshalb weiterhin erhöhte Aufmerksamkeit zukommen. Die Erreichung dieses Ziels setzt langfristige Eingliederungsstrategien und darauf konzentrierte Ressourcen voraus.

Das Ziel ist im Jahr 2024 erreicht, wenn der durchschnittliche Bestand an Langzeitleistungsbeziehenden des Landkreises Leer um nicht mehr als 9,1 % im Vergleich zum Jahr 2023 steigt.

4. Umsetzung der Bürgergeldreform (individualisierte Zielvereinbarung)

Ziel ist, die Umsetzung der Bürgergeldreform weiter positiv zu begleiten und die bisher gewonnenen Erkenntnisse und Erfahrungen zu nutzen, um die eigenen (Beratungs- und Integrations-)Prozesse weiter zu entwickeln.

Auf Basis der vorliegenden Erkenntnisse und Erfahrungen sowie der regionalen Handlungsbedarfe verständigen sich die Zielvereinbarungspartner für den Landkreis Leer auf die folgenden Umsetzungsschritte:

- Weiterentwicklung der Potentialanalyse
- Abschluss von Kooperationsplänen mit ELB
- Implementierung Ganzheitliche Betreuung 16k SGB II

Das Ziel ist erreicht, wenn die vereinbarten Schritte umgesetzt wurden.

5. Gleichstellung von Frauen und Männern im SGB II

Das Prinzip der Gleichstellung von Frauen und Männern in der Grundsicherung für Arbeitsuchende ist auch in der Zielsteuerung - entsprechend der Vorgabe in § 1 Absatz 2 Satz 3 SGB II - zu verfolgen. Der Landkreis Leer wird der Gleichstellung von Frauen und Männer auch im Jahr 2024 eine besondere Aufmerksamkeit zukommen lassen, um die Hilfebedürftigkeit von Frauen zu verringern, die Integration von Frauen in Erwerbstätigkeit in den ersten Arbeitsmarkt zu verbessern sowie den Anteil der Frauen in Maßnahmen zu erhöhen.

Ziel ist, eine gleichberechtigte Förderung und Integration von Frauen und Männern zu erreichen.

Auf Basis der regionalen Handlungsbedarfe verständigen sich die Zielvereinbarungspartner auf die folgenden Umsetzungsschritte:

- Einbeziehung der BCA bei der Planung aller Maßnahmen und Projekte
- Weitere Durchführung frauenspezifischer Maßnahmen; Beispielsweise: "Perspektiven für Alternativen"
- Erweiterung des bestehenden Informationsangebotes über Förderangebote des SGB II im Hinblick auf frauenspezifische Bedarfe; zum Teil als wohnortnahe Angebote

Das Ziel ist erreicht, wenn die vereinbarten Schritte umgesetzt wurden.

(2) Hinsichtlich der Zielindikatoren und der jeweils zu berücksichtigenden Ergänzungsgrößen findet die Verordnung zur Festlegung der Kennzahlen nach § 48a des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch vom 12.08.2010 (BGBl. I S. 1152), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 15. März 2019 (BGBl. I S. 339) geändert worden ist, Anwendung.

§ 3 Zielnachhaltung und Zieldialoge im Land Niedersachsen

(1) Der Landkreis Leer und das Land Niedersachsen führen in vertrauensvoller Zusammenarbeit unterjährig in regelmäßigen Abständen – mindestens jedoch zweimal jährlich – Zieldialoge zur Entwicklung der Kennzahlen und Ergänzungsgrößen nach § 48a SGB II sowie zum Stand der Zielerreichung. Insbesondere bei Zielabweichungen und auf Wunsch des Landkreises Leer können unterjährig weitere Gespräche geführt werden.

(2) Grundlage für die Zieldialoge und die Beurteilung der Zielerreichung 2024 bilden die Jahresfortschrittswerte ohne Wartezeit. Für die (unterjährige) Beurteilung der in § 2 Nr. 1 bis 3 vereinbarten Zielwerte (Zielerreichung) werden jeweils die Jahresfortschrittswerte mit den gleichen Ladeständen verglichen. Das MS stellt dem Landkreis Leer regelmäßig aufbereitete Daten zur Bewertung der Zielerreichung zur Verfügung. Die Umsetzung der vereinbarten individualisierten Ziele nach § 2 Nr. 3 und 4 werden im Rahmen der Zieldialoge thematisiert und ggf. durch gesonderte Auswertung begleitet/unterstützt.

(3) Die Gesamtergebnisse der Zielsteuerung 2024 werden auf Grundlage von Jahresendwerten 2024 ohne Wartezeit im Rahmen des Dialogs im Frühjahr 2025 bewertet.

(4) Die Auswirkungen von gesetzlichen Neuregelungen – insbesondere die Effekte der Bürgergeldreform - werden bei der Zielnachhaltung berücksichtigt.

(5) Abweichungen von den unter den finanziellen Rahmenbedingungen genannten Haushaltsmitteln, den gesamtwirtschaftlichen Eckwerten sowie konjunkturelle und strukturelle Besonderheiten werden bei der Beurteilung der Zielerreichung ebenso berücksichtigt.

(6) In die Vorbereitung der regelmäßigen und ggf. notwendigen anlassbezogenen Zieldialoge wird der Ausschuss für Zielvereinbarungen nach § 2b des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buches des Sozialgesetzbuchs und des § 6b des Bundeskindergeldgesetzes (Nds. AG SGB II) einbezogen, welcher ebenfalls die maßgeblichen Grundlagen und Empfehlungen dafür erarbeitet.

Hannover, den

2024

Leer, den *02. Februar* 2024

In Vertretung



(Dr. Christine Arbogast)

Niedersächsisches Ministerium für
Soziales, Arbeit, Gesundheit und
Gleichstellung



(Matthias Groote)

Landkreis Leer